

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 6. April 1962

Blatt 587

Aufnahmeprüfungen in der Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt

=====

6. April (RK) Die Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt der Stadt Wien, 15, Siebeneichengasse 17, eröffnet im Schuljahr 1962/63 neue Klassen. Gesuche um Zulassung zur Aufnahmeprüfung sind mit kurzem Lebenslauf bis längstens 15. Mai an die Direktion der Bildungsanstalt zu richten. Aufgenommen können Bewerberinnen werden, die bereits das 15. Lebensjahr vollendet haben oder im Laufe des Kalenderjahres vollenden werden, die österreichische Staatsbürgerschaft nachweisen können, mindestens die vierte Hauptschulklasse oder vierte Mittelschulklasse erfolgreich absolviert haben und die entsprechende geistige und körperliche Eignung besitzen.

- - -

Einschreibungen an den Städtischen Lehranstalten

=====

6. April (RK) Die Einschreibungen an den Städtischen Lehranstalten für Frauenberufe finden **montags** bis freitags von 8 bis 15 Uhr, samstags von 8 bis 11 Uhr statt. Auskünfte erteilen die Schuldirektionen 9, Hahngasse 35, Telefon 32-95-96, und 12, Dörfelstraße 1, Telefon 54-66-52 (Lehranstalten für hauswirtschaftliche Frauenberufe), und 15, Sperrgasse 8-10, Telefon 54-95-68 (Lehranstalt für gewerbliche Frauenberufe).

- - -

70. Geburtstag von Richard Neutra
=====

6. April (RK) Am 8. April vollendet der Architekt Prof. Dr. h. c. Richard Josef Neutra das 70. Lebensjahr.

In Wien geboren, wurde er an der Akademie der bildenden Künste Schüler von Otto Wagner. Später war Adolf Loos sein Lehrer. Nach dem ersten Weltkrieg arbeitete er bis 1923 an der Technischen Hochschule in Zürich, anschließend bei Erich Mendelsohn in Berlin und nach Reisen rund um den Mittelmeer-Raum bei F. L. Wright in New York. Seit 1926 wohnt er in Los Angeles und errichtet vor allem in Kalifornien und Texas Bauten und Wohnungen. Seit dieser Zeit erschienen auch seine Fachpublikationen, die seine Ideen weithin verbreiteten. 1929 wurde er amerikanischer Staatsbürger und lehrte an verschiedenen Universitäten. Richard Neutra hat ein gewaltiges Lebenswerk geschaffen. Er baute ganze Siedlungen, Spitäler, Schulen und Geschäftshäuser. Als Gegner von Corbusiers Funktionalismus setzt er seine Bauten allein in Beziehung zu den Bedürfnissen des Menschen und strebt grundsätzlich nach der Verbindung der Wohnräume mit der freien Natur. Seine Wohnungen bevorzugten Terrassen und verschiebbare Wände, die den Kontakt mit der Natur und die Veränderung der Raumdimensionen ermöglichen. Zu seinen Publikationen zählen "Wie baut Amerika", "Neues Bauen in der Welt: USA", "Mensch und Wohnen", "Wenn wir weiterleben wollen". Neutra gehört zu den fortschrittlichsten und wichtigsten Architekten unserer Zeit. Es ist ihm gelungen, die amerikanische Bautradition und die Grundsätze seiner Wiener Lehrer zu einem persönlichen Stil zu vereinigen. 1958 wurde ihm der Architekturpreis der Stadt Wien verliehen.

- - -

80. Geburtstag von Helene Wildbrunn
=====

6. April (RK) Am 8. April vollendet Kammersängerin Helene Wildbrunn das 80. Lebensjahr.

Die Künstlerin ist eine gebürtige Wienerin. Sie besuchte das Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde, wo sie bei Rosa Papier-Paumgartner eine ausgezeichnete Ausbildung erhielt. Von der Abschlußprüfung weg wurde sie an das Stadttheater Dortmund verpflichtet. Hier entwickelte sich ihre leistungsfähige Mezzosopranstimme zu solcher Schlagkraft, daß sie in das begehrte Fach des hochdramatischen Soprans hineinwuchs. Als dessen vollgültige Vertreterin weithin anerkannt, übersiedelte sie an das Stuttgarter Hoftheater und dann an die Berliner Oper. unter den Linden. Gastspiele in Paris, London, in der Schweiz, in Italien, Skandinavien und Südamerika machten sie vor allem als Wagner-Sängerin weltbekannt. Schon 1918 hatte Helene Wildbrunn, in der Wiener Staatsoper als Isolde gastierend, einen sensationellen Erfolg errungen, der ihre Dauerverpflichtung vorbereitete. Sie hatte an der künstlerischen Höhe und an dem Ansehen, deren sich diese Bühne in der Direktionsära Richard Strauss' und Franz Schalks erfreute, bedeutenden Anteil. Als sie sich 1932 vom Theater zurückzog, wurde ihr die Ehrenmitgliedschaft der Wiener Staatsoper verliehen. Bis 1950 gab sie den reichen Schatz ihrer gesanglichen und operndramatischen Erfahrungen als Professorin an der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst und seither im Privatunterricht an einen großen Schülerkreis weiter.

- - -

Glückwünsche für Prof. Samohyl
=====

6. April (RK) Anlässlich des 50. Geburtstagsfestes des Philharmonikers Professor Franz Samohyl hat Vizebürgermeister Mandl dem Jubilar ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschsreiben übermittelt. Professor Samohyl fand schon in jungen Jahren als Geiger Aufnahme bei den Wiener Philharmonikern und im Staatsopernorchester, zu deren prominentesten Mitgliedern er heute gehört. Auch als Solist, Kammermusiker und Leiter einer Violinklasse an der Staatsakademie erwarb er sich besondere Verdienste.

- - -

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung
=====

6. April (RK) Mittwoch, den 11. April, um 17 Uhr, findet im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung Hernals, Elterleinplatz 14, eine Bezirksvertretungs-Sitzung statt.

- - -

60 Jahre kommunale Stromversorgung in Wien
=====

6. April (RK) Im Jahre 1902, am 8. April, lieferten die "Städtischen Elektrizitätswerke" aus ihrem Bahnwerk zum erstenmal Strom für den Betrieb eines Teiles der Städtischen Straßenbahnen. Das zur Abgabe von Strom für Beleuchtungszwecke vorgesehene Lichtwerk begann mit seiner Stromlieferung am 22. September des gleichen Jahres. Diese beiden Werke bildeten das Dampfkraftwerk Simmering.

Es gab aber schon viele Jahre vorher Elektrizitätswerke in Wien, die allerdings Privatunternehmungen waren. Dauernde Unzukömmlichkeiten mit diesen Gesellschaften, von denen jede eigene Leitungsnetze hatte, die ihrerseits wieder mit verschiedener Stromart und verschiedenen Spannungen gespeist wurden, führten schließlich zur Kommunalisierung der Elektrizitätsversorgung. Der Inbetriebnahme des Bahn- und Lichtwerkes in Simmering folgten nach und nach die Einlösung und Übernahme der privaten Elektrizitätswerke durch die Gemeinde Wien, bis endlich am 1. Juli 1914 die Gemeinde das Monopol der Strombelieferung im ganzen Stadtbereich innehatte.

Während dieser Jahre erfolgten aber bereits die ersten Erweiterungen des Kraftwerkes Simmering, der Ausbau und die Vermehrung der Unterwerke, die Weiterentwicklung des Betriebs- und Verteilnetzes und die Errichtung von sechs kleinen Wasserkraftwerken innerhalb der Stadt. Diese Werke, von denen derzeit noch fünf bestehen - heute muß man sie mit der Bezeichnung Kleinstwasserkraftwerke belegen - nützen die Gefällstufen zwischen der II. und I. Hochquellenleitung zum Betrieb ihrer Turbinen aus.

Knapp vor dem ersten Weltkrieg begann der Bau des Dampfkraftwerkes Ebenfurth in Niederösterreich, das mit der aus dem nahe gelegenen Braunkohlen-Bergwerk Zillingdorf gelieferten Kohle betrieben werden sollte. Zu Beginn des Jahres 1915 nahm das Kraftwerk die Stromerzeugung auf und lieferte die elektrische Energie über eine Fernfreileitung nach Wien. Das Werk mußte wegen der Erschöpfung der Kohlengruben 1934 stillgelegt werden und dient seither in geänderter Anlage als Umspannwerk.

Um den Ausgleich für die völlig neue Situation der Energiegrundlagen, die das Ende des ersten Weltkrieges mit sich brachte, zu schaffen, wurden zwei Wasserkraftwerke in Niederösterreich, in Opponitz und Gaming, erbaut und in den Jahren 1924 und 1926 mit der Stromlieferung begonnen. Die elektrische Energie wird von dort über eine Schaltstation in Gresten, mit Hilfe von 110.000 V-Fernfreileitungen, nach Wien gebracht.

Dem dauernd zunehmenden Stromverbrauch mußte durch ebenso dauernden Ausbau, vor allem in Simmering aber auch in den Umspann- und Unterwerken, Rechnung getragen werden. Selbstverständlich bedeutete dies auch eine dauernde Erweiterung in den Kabel- und Freileitungsnetzen.

Unterdessen vollzog sich auch die Energieanlieferung aus den Bundesländern Oberösterreich und Steiermark, woraus sich allmählich der Verbundbetrieb entwickelte, der sich heute auf ganz Österreich erstreckt.

Nach der Behebung der enormen Zerstörungen, die in den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges eintraten und sich an seinem Ende häuften, begann zuerst langsam, später dann in gesteigertem Ausmaß, ein ganz bedeutender Ausbau sämtlicher Anlagen und Einrichtungen der Elektrizitätswerke. Im Dampfkraftwerk Simmering erfolgte die Aufstellung von Hochleistungskesseln und entsprechenden Turboaggregaten mit 35.000 kW; neue Umspannwerke wurden gebaut; ihr derzeitiger Stand beträgt 26. In diesen Werken kamen jetzt auch größere Umspanner (bis zu 63.000 kVA) in Betrieb.

Im Kabelnetz beginnt der Übergang von 5.000 auf 10.000 Volt-Verteilspannung, im Freileitungsnetz ist ein ähnlicher Übergang von 16.000 auf 20.000 Volt vor einiger Zeit beendet worden.

Die Länge der Kabel beträgt derzeit rund 7.100 Kilometer, davon sind 2.689 Kilometer Hochspannungskabel und 4.411 Kilometer Niederspannungskabel. Die Länge der Freileitungen beträgt rund 4.200 Kilometer, davon sind 1.144 Kilometer Hochspannungsleitungen und 3.056 Kilometer Niederspannungsleitungen.

Die Zahl der Zähleranlagen hat sich nunmehr auf rund 990.000 erhöht. Endlich ist noch die Errichtung eines ganz modernen Blockwerkes für 64.000 kW, des Werkes III in Simmering, zu erwähnen, womit sich die gewaltigen Leistungen vervollständigen, die von den E-Werken seit ihrem Bestehen innerhalb von nunmehr 60 Jahren vollbracht wurden.

Sozialistische Jugendfunktionäre im Wiener Rathaus =====

6. April (RK) Gestern abend gab die Stadt Wien anlässlich der Europäischen Tagung der sozialistischen Jugendfunktionäre im Wiener Rathaus einen kleinen Empfang. Vizebürgermeister Slavik begrüßte im Beisein von Stadtrat Riemer die Gäste im Roten Salon. "Es wird sehr viel über die europäische Einigung geredet", führte der Vizebürgermeister aus, "nur stellt sich jeder unter dieser Einigung etwas anderes vor. Aufgabe der Sozialisten ist es, eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, in der die arbeitenden Menschen ein Mitspracherecht haben!"

- - -

Neue Straßenbauten =====

6. April (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten beschloß gestern eine Reihe weiterer Straßenbauten, darunter den Ausbau der Floridsdorfer Hauptstraße und Am Spitz, der von vier Baufirmen durchgeführt wird. Diese umfangreiche Sanierung einer der frequentiertsten Verkehrsflächen am linken Donauufer wird 6,3 Millionen Schilling kosten. Im 21. Bezirk wird weiter die Berlagasse von der Rußbergstraße bis zum Mühlweg neu gebaut.

In der Josefstadt wird die Verbreiterung der Laudongasse im Abschnitt Kochgasse-Skodagasse in Angriff genommen. In Mariahilf werden im Zusammenhang mit der Fertigstellung des Theaters an der Wien die Fahrbahnen und die Gehsteige der Millöckergasse und der Papagenogasse umgebaut. Für die Herstellung von rund 140.000 Quadratmeter Splitt-Teppichbelägen auf Fahrbahnen und Gehsteigen in verschiedenen Bezirken wurden acht Millionen Schilling bereitgestellt. Insgesamt hat der Bauausschuß für die Durchführung von Straßenbauarbeiten 18 Millionen Schilling genehmigt. Dazu kommen noch Ankäufe von Granitpflaster und Straßenschotter, die auf Antrag von Stadtrat Heller genehmigt wurden. Der Bauausschuß stellte für diese Ankäufe 34,5 Millionen Schilling zur Verfügung.

- - -

Gesperrt bis 18 Uhr:

Zehn Jahre Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft
=====

6. April (RK) Unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Slavik fand heute im Wiener Rathaus die 5. Ordentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft statt, die im Zeichen des zehnjährigen Bestandes der Vereinigung stand. Geschäftsführer Dipl.-Ing. Pröbsting verwies in dem von ihm erstatteten Tätigkeitsbericht auf die intensive Öffentlichkeitsarbeit der Vereinigung hin, durch die in diesen zehn Jahren die Gemeinwirtschaft zu einem allseits anerkannten Begriff geworden ist. Dieser Erfolg wurde mit Hilfe zahlreicher Publikationen, einer im Ergebnis sehr positiven Meinungsbefragung der österreichischen Bevölkerung, eines Filmes über die österreichische Gemeinwirtschaft sowie einer umfangreichen Vortragstätigkeit in allen Bundesländern erreicht. Höhepunkt dieser Arbeit war die Abhaltung des 5. Internationalen Kongresses der Gemeinwirtschaft im Mai 1961.

Die Mitglieder der Vereinigung mit rund 230.600 Beschäftigten kommen aus 32 Betätigungsgebieten der Gemeinwirtschaft; ihre Zahl ist in den zehn Jahren ständig gestiegen.

Für die Funktionsperiode 1962/1964 wählte die Mitgliederversammlung den neuen Vorstand, dem als Präsident Vizebürgermeister Felix Slavik (Wien), als Vizepräsidenten Bürgermeister Dipl.-Ing. Gustav Scherbaum (Graz), Sektionschef Dipl.-Ing. Anton Schopf (Bundeskanzleramt, Sektion IV) und Direktor Dr. Andreas Vukovich (Konsumverband Wien) angehören. Ferner beschloß die Mitgliederversammlung ein Memorandum, in welchem die Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft hervorgehoben und die Bundeswirtschaftskammer als Interessensvertretung der österreichischen Wirtschaft aufgefordert wird, in ihrem Rahmen auch der Gemeinwirtschaft eine ihrer Bedeutung zukommende Vertretung zu gewährleisten.

- - -

Gesperrt bis 18 Uhr:

Zehn Jahre Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft
=====

6. April (RK) Bei dem heute im Rathaus stattfindenden Kolloquium über das Thema "Europäische Wirtschaftsintegration und Gemeinwirtschaft" sprach Professor Dr. Max Weber (Schweiz) über: "Die Gemeinwirtschaft im Streit der Meinungen". Er sagte unter anderem: Es ist denkbar, daß auch in den hochentwickelten Industrieländern des Westens ein vermehrtes Eingreifen des Staates notwendig werden kann.

Aus politischen Gründen ist ein wirtschaftlicher Wettlauf zwischen Osten und Westen im Gange, dem sich auch Europa nicht entziehen kann. Auf diesen Wettkampf ist es zurückzuführen, daß amerikanische Vertreter in der OECD ein wirtschaftliches Wachstum von vier bis fünf Prozent jährlich als Ziel für das nächste Jahrzehnt aufgestellt haben. Was geschieht aber, wenn die private Wirtschaft diese Norm während mehreren Jahren nicht erreicht? Wird dann nicht der Staat gezwungen sein, zu intervenieren? Das ist bereits in der Atomwirtschaft und in der Weltraumforschung geschehen. Vielleicht werden auch Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sich nicht nur mit dem Aufstellen von Entwicklungsplänen begnügen, wenn ihre Wirtschaft aus konjunkturellen Gründen in eine Periode der Stagnation oder gar in eine rückläufige Entwicklung kommen sollte.

Professor Dr. Weber beschäftigte sich dann mit den Argumenten für und wider die Gemeinwirtschaft und sagte unter anderem: Ein Argument gegen die öffentlichen Unternehmungen, das immer wieder auftaucht, lautet, sie sei unwirtschaftlich, schwerfällig, der Bürokratie ausgeliefert. Wenn diese Kritik allgemein gegen die öffentlichen Unternehmungen gerichtet wird, ist sie falsch. Es gibt große staatliche und kommunale Unternehmungen und Betriebe, die vorbildlich organisiert und geleitet sind, und es gibt private Großbetriebe, in denen Parkinsons Gesetz einen Kern von Wahrheit aufweist. Entscheidend für die Betriebsführung ist die personelle Leitung und die Kompetenzverteilung.

./.

Die öffentliche Wirtschaft und die genossenschaftlichen Unternehmungen sind im allgemeinen **Konjunkturschwankungen** weniger ausgesetzt. Sie sind zurückhaltender mit Entlassungen als private Betriebe und gewähren daher eine relativ stabile Beschäftigungsmöglichkeit. Sie halten sich auch für verpflichtet, mit ihren Arbeitsbedingungen vorbildlich zu sein. Es ist daher nicht verwunderlich, daß in Arbeitnehmerkreisen zeitweise die Tendenz nach Ausdehnung der Gemeinwirtschaft verfolgt wird.

Eine besondere Rolle spielt die öffentliche und genossenschaftliche Wirtschaft in den sogenannten Entwicklungsländern. Ihnen stehen in der Hauptsache zwei Wege zur Verfügung, um ihre wirtschaftliche Kapazität auszudehnen und dadurch den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben: die Zulassung ausländischer privatkapitalistischer Unternehmungen oder staatliche Wirtschaft. Der erste Weg war der Weg der Kolonialepoche, die aber beendet ist. Heute begegnet er großen Widerständen. In diesen Ländern muß die Gemeinwirtschaft die fehlende private Investitionstätigkeit ersetzen.

Der öffentlichen Wirtschaft wird vorgeworfen, sie betreibe Expansion und entwickle einen großen Machthunger, sagte Professor Weber abschließend. Wenn das richtig ist, und das läßt sich in manchen Fällen nicht bestreiten, so widerlegt das den Einwand, die öffentliche Hand eigne sich nicht als Unternehmer!

(Der Bericht über die Eröffnung des Kolloquiums folgt. Zusammenfassungen der übrigen Referate bringen wir in der Reihenfolge des Eintreffens der Manuskripte.)

- - -

Polster für die Altersheime

=====

6. April (RK) Auf einem etwas ungewöhnlichen Weg gelangten etwa tausend Insassen der Altersheime der Gemeinde Wien in den Genuß von weichen Sitzgelegenheiten in ihren Speisesälen. Für den europäischen IBM-Kongreß, der vergangenen Monat in der Hofburg abgehalten wurde, waren zahlreiche Schaumgummipolster hergestellt worden, um den Wissenschaftlern und Ingenieuren die Sitzungen zu "erleichtern". Diese Polster sind heute von den Veranstaltern zusammen mit etwa 400 Kongreß-Aschenbechern der Gemeinde Wien für die Altersheime kostenlos überlassen worden.

- - -

Gesperrt bis 18 Uhr:

Zehn Jahre Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft
=====

6. April (RK) Senator Hendrik Vos (Niederlande) sprach beim Kolloquium "Europäische Wirtschaftsintegration und Gemeinwirtschaft" über "Die Rolle der Gemeinwirtschaft in Europa". Er stellte das Nationaleinkommen und die Steuereinnahmen der modernen Industriestaaten Europas gegenüber und kam zu dem Schluß, daß im Durchschnitt 20 bis 30 Prozent des Nationaleinkommens steuerlich erfaßt werden. Senator Vos wies darauf hin, daß die gemeinwirtschaftlichen Investitionen der öffentlichen Hand die Weiterentwicklung der Wirtschaft mehr fördern als die privatwirtschaftlichen.

Die Zusammenarbeit der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen in Europa sollte gefördert werden, sagte Senator Vos. Ansätze für eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit sind bereits vorhanden. Zum Beispiel sieht der EWG-Vertrag eine gemeinsame Transportpolitik vor und die drei Verträge von Rom und Paris fordern eine gemeinsame Energiepolitik. Die Entwicklung der europäischen Integration bietet eine große Zahl von Möglichkeiten für die Zusammenarbeit gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen. Eine Untersuchung der Artikel des EWG-Vertrages ergibt, daß der Vertrag die Weiterentwicklung der Gemeinwirtschaft in keiner Weise einschränkt.

- - -

Die bildende Kunst im sozialen Städtebau
=====

6. April (RK) Vizebürgermeister Mandl eröffnete heute mittag im Schauraum am Friedrich Schmidt-Platz 5 die Ausstellung "Bildende Kunst und Bautätigkeit der Stadt Wien", in der Entwürfe und Ausführungsfotos dem Urteil der Öffentlichkeit anheimgestellt werden. Nach Begrüßungsworten des Kunstreferenten Dr. Waissenberger erinnerte der Vizebürgermeister an die Kulturkrise der Fünfzigerjahre und die damaligen Bemühungen der Stadt Wien um die Lösung der akuten Probleme. Das steigende Anbot an materiellen Gütern und der Nachholbedarf der Allgemeinheit verursachte damals nicht nur die Theaterstagnation, sondern ließ auch die Aufträge an bildende Künstler außerordentlich zurückgehen. Für die Wiener Maler und Bildhauer bedeutete die Einbeziehung ihrer Arbeit in das Bauprogramm der Stadtverwaltung einen Angelpunkt zur neuerlichen Existenzsicherung und Schaffungsmöglichkeit.

In der Folge stellten sich jedoch der notwendigen Koordination zwischen den mit öffentlichen Bauaufträgen betrauten Architekten und der bildenden Künstlerschaft große Schwierigkeiten entgegen, die zunächst in der modernen architektonischen Gestaltung zu suchen waren. Sie ließ für künstlerische Ausgestaltung fast keinen Platz offen. Die Bestrebungen der Kunstschaffenden galten ihrerseits dem möglichst von der Architektur unabhängigen Produkt. In diesem Zusammenhang wies Vizebürgermeister Mandl darauf hin, daß die oft kritisierte Ausfüllung von Feuermauern und dergleichen durch Sgraffiti und Mosaik keineswegs einer Intention des Kulturamtes entsprang, sondern infolge der offensichtlichen Mängel bei der Gestaltung mancher Neubauten an diese Dienststelle von der Allgemeinheit hergetragen wurde. Seitens des Kulturamtes ist immer wieder die Zusammenarbeit zwischen Architekten und bildenden Künstlern forciert worden, wobei das früher anerkannte Zusammenwirken Baumeister - Bildhauer - Maler am ehesten noch bei der Wiener Stadthalle erreicht werden konnte.

Die nunmehr der Öffentlichkeit zugänglich gemachte Ausstellung zeigt die Differenz zwischen den für den öffentlichen

Auftraggeber maßgeblichen Skizzen oder Modellen und der Endphase der Verwirklichung auf. Sie gibt darüber hinaus Einblick in die "intime Sphäre" einer Werkstatt, aus der das Autobiographische des Künstlers schlechthin erfaßt werden kann. Insgesamt stehen die Entwürfe in Skizze und Modell von 22 Wiener Malern und Bildhauern den an den Wänden wirkungsvoll placierten Großfotos gegenüber, die das endgültig versetzte Kunstwerk in der entsprechenden baulichen Umgebung vor Augen führen.

- - -

Festliches Kolloquium im Wiener Rathaus
=====

6. April (RK) Anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft fand heute nachmittag in den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses ein Kolloquium über das Thema "Europäische Wirtschaftsintegration und Gemeinwirtschaft" statt, dem zahlreiche prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beiwohnten. Durch die Anwesenheit von Bundespräsident Dr. Schärf wurde das Wirken der Arbeitsgemeinschaft im ersten Dezennium ihres Bestandes besonders gewürdigt. Unter den Ehrengästen, die vom Vizebürgermeister Slavik in seiner Eigenschaft als Präsident der Arbeitsgemeinschaft begrüßt wurden, befanden sich Vizekanzler DDR. Pittermann, der Botschafter Großbritanniens Sir Malcolm Henderson, der Präsident des österreichischen Rechnungshofes Dr. Frenzel sowie zahlreiche Mitglieder des National- und Bundesrates. Die Stadt Wien war durch Bürgermeister Jonas und mehrere Mitglieder des Stadtsenates vertreten.

Vizebürgermeister Slavik erläuterte einleitend die Gründe, die die Arbeitsgemeinschaft zur Einberufung des Kolloquiums bewegen haben und stellte dann die drei Vortragenden, Bundesminister Dr. Bruno Kreisky, Minister a.D. Hendrik Vos (Niederlande) und Professor Dr. Max Weber (Schweiz), sowie den Diskussionsleiter Nationalrat Karl Czernetz vor.

Als erster Redner ergriff Bundesminister Dr. Kreisky das Wort.

- - -